

Beschlussvorlage für Ausschüsse



Landeshauptstadt
Mainz

| | | |
|--|---------------------|-----------------------------|
| öffentlich | | Drucksache Nr. 0576/2010 |
| Amt/Aktenzeichen Dezernat V/ 17.00 66 Dr /17.51 45.21 | Datum 01.04.2010 | TOP |

| | | |
|---|----------------------|--------------|
| Behandlung in der Verwaltungsbesprechung am | | |
| Beratungsfolge Gremium | Zuständigkeit | Datum |
| Ortsbeirat Mainz-Drais | Kenntnisnahme | 10.04.2010 |

Betreff:

Sachstandsbericht zu Antrag 0263/2010, Bündnis 90/Grüne, Ortsbeirat Mainz-Drais;
hier: Schutz vor Fluglärm

Mainz, 07. April 2010

gez. Reichel

Wolfgang Reichel
Beigeordneter

Beschlussvorschlag:

Der Ortsbeirat nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und erklärt den Antrag 0263/2010 für erledigt.

Stellungnahme:

Es wurde von den Grünen ein Antrag zur Stadtratssitzung am 10. Februar 2010, Vorlage Nr. 279/2010, „Schutz vor Gesundheitsgefahren durch Fluglärm“ gestellt. In diesem Antrag wird, wie in dem vorliegenden Antrag Vorlage Nr. 0263/2010 der Ortsbeiratsfraktion der Grünen Mainz-Drais, auf die Studie von Prof. Dr. Greiser verwiesen und eine vergleichbare Studie für das Rhein-Main-Gebiet und die Stadt Mainz gefordert.

Inzwischen wurde auch von Prof. Greiser ermittelt, dass eine eigene Studie speziell für das Rhein-Main-Gebiet erforderlich ist, um das zusätzliche, durch Fluglärm hervorgerufene Gesundheitsrisiko der Rhein-Main-Bevölkerung darstellen zu können. Eine solche Grundlagenarbeit kann nicht von einzelnen Kommunen oder von der ZRM finanziert werden (ca. 520.000,- €). In der Sitzung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Flughafen Frankfurt/Main (KAG Flughafen), der die Stadt Mainz angehört, wurde am

10.03.2010 eine Resolution verabschiedet, in der die hessische Landesregierung aufgefordert wird, eine solche Gesundheitsstudie zu beauftragen.

Für den Fall, dass die hessische Landesregierung diesem Aufruf wissenschaftlich zu klären, wie schädlich Fluglärm insbesondere in den Nachstunden für die Bevölkerung tatsächlich ist, nicht nachkommt, soll ein tragbares Finanzierungsmodell unter Beteiligung von Kommunen gefunden werden. Die Stadt Mainz unterstützt diese Vorgehensweise.

Vorbehaltlich einer Nichtbeauftragung durch das Land Hessen, ist die Stadt Mainz grundsätzlich bereit, eine Gesundheitsstudie Rhein-Main finanziell zu unterstützen. Der räumliche Studienumfang soll das ganze Rhein-Main-Gebiet beinhalten, darunter auch das gesamte Mainzer Stadtgebiet.